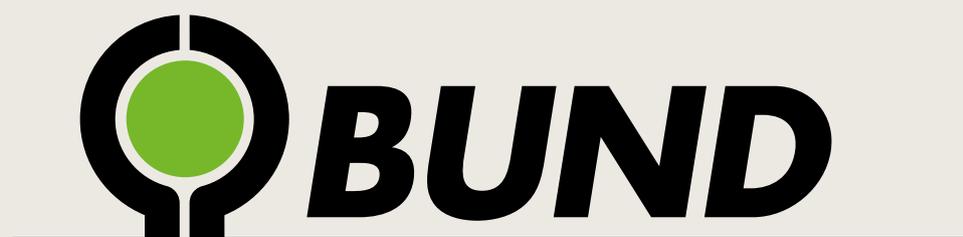


DIE UMWELTPOLITISCHE
SCHLAGKRAFT DER
JAMAICA-KOALITION SH

EINE EINSCHÄTZUNG DURCH DEN
BUND SCHLESWIG-HOLSTEIN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland (BUND),
Landesverband Schleswig-
Holstein e.V., Lorentzendam 16,
24103 Kiel

Telefon: 0431 660600

E-Mail: info@bund-sh.de

V.i.S.d.P.: Ole Eggers

Redaktion: Ann Kristin Montano

Stand: Februar 2020

Im Mai 2017 fand die Wahl zum 19. Landtag Schleswig-Holsteins statt. Bis mindestens 2022 regiert noch die Koalition, bestehend aus Bündnis 90/ Die Grünen, der CDU sowie der FDP, das nördlichste Bundesland. Vor Beginn der Legislaturperiode wurde der Koalitionsvertrag geschlossen und veröffentlicht. Dieser beschreibt, welche Ziele sich die 3 Regierungsparteien gesetzt haben.

Der BUND Schleswig-Holstein hat sich die umweltpolitisch relevanten Aspekte des Koalitionsvertrags herausgesucht und diese unter die Lupe genommen. Die Einschätzung des BUND berücksichtigt dabei zum einen, inwieweit die versprochenen Ziele nach

über der Hälfte der vorhandenen Regierungszeit umgesetzt oder zumindest angestoßen wurden, aber auch, ob die jeweiligen Punkte dem Umwelt- und Naturschutz grundsätzlich dienlich sind.

Da die Mühlen von Politik und Verwaltung nicht immer schnell mahlen, läuft jetzt für viele noch nicht umgesetzte Punkte die Zeit. Umso wichtiger, dass jetzt wegweisender Einsatz für Umwelt und Klima erfolgt.

BUND-EINSCHÄTZUNG



Der Jamaika-Falter prangt auf dem Deckblatt des Koalitions-Vertrags. In diesem Dokument steht er vor der jeweiligen Aussage der drei Fraktionen im Koalitions-Vertrag.



Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Landesverband Schleswig-Holstein hat den aktuellen Stand der Umsetzung bei den wichtigsten Punkten geprüft.

-  Grün = Dieser Punkt hat gute Auswirkungen auf Natur und Umwelt. Er wurde umgesetzt.
-  Gelb = Dieser Punkt wurde nur teilweise umgesetzt
-  Orange = Dieser Punkt wurde kaum umgesetzt.
-  Rot = Dieser Punkt hat schlechte Auswirkungen auf Natur und Umwelt oder er wurde nicht umgesetzt.

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Als Energiewendeland Nr. 1 will Schleswig-Holstein hier auch einen besonderen industriepolitischen Schwerpunkt setzen. Die Sektorenkopplung als nächster großer Schritt der Energiewende wird nur über eine intelligente Verbindung von Strom- und Gasinfrastruktur gelingen, wobei Wasserstoff das Bindeglied zwischen Strom- und Gasnetz darstellt. Wir streben eine bessere Vernetzung der Industriebetriebe in den industriellen Schwerpunkten bei Energie- und Ressourcenerwirtschaftung an.</p>	
	<p>Power-to-X-Verfahren gibt es bis dato als Modellprojekte. Dabei ist eine konsequente und zügige Umsetzung mehr als zeitgemäß und muss daher erleichtert werden. Eine Vernetzung von Industriebetrieben ist vorhanden (z.B. NEW 4.0).</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden uns auf Bundesebene für die Schaffung einer schleswig-holsteinischen Pilotregion einsetzen, damit die erforschten Verwendungsmöglichkeiten von Überschussstrom in der Praxis getestet werden können. Wir werden die beiden Projekte Vielzweckhafen und nationales LNG-Terminal in Brunsbüttel vorantreiben.</p>	
	<p>Es gibt Ansätze zur Verwendung von Überschussstrom. Eine Pilotregion ist aus Sicht des BUND allerdings nicht erkennbar, dabei ist eine ambitionierte Investition in diesen Bereich essentiell für die Energiewende. Flüssigerdgas (LNG) ist grundsätzlich problematisch. Es handelt sich um einen fossilen Brennstoff, der zudem mit dem Austritt von Methan verbunden ist, einem extrem klimaschädlichen Gas. Der BUND fordert, die Nutzung von fossilen Brennstoffen durch klimaschonende Alternativen zu ersetzen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>1. Im Bereich Erneuerbare Energien sehen wir die Chance, Schleswig-Holstein als Energiewendeland Nr. 1 weiter auszubauen und damit einen mittelständischen, aber auch industriepolitischen Schwerpunkt zu setzen. Die Förderung von Technologietransfer und Innovationen rund um den Komplex der Sektorenkopplung, Speicherung und „Power to-X“-Verfahren bis hin zur Entwicklung von neuen, ressourcenschonenden Antriebstechnologien z.B. im Schienenverkehr wollen wir dabei besonders ins Blickfeld rücken.</p>	
	<p>Strukturen müssen politisch so geschaffen werden, dass sie zukunftsfähig sind, die Energiewende gehört dazu. Der Windkraft-Ausbau im Lande ist zum Erliegen gekommen. Dies ist einer Energiepolitik geschuldet, die sich uneins ist über Abstandsregelungen sowie über die Relevanz der Energiewende in der Klimakrise. Der Photovoltaikausbau auf Dächern und versiegelten Flächen sollte unterstützt werden. Konsequente Energiewende ist Klimaschutz – Nachbesserung ist dringend erforderlich.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden einen ressortübergreifenden Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze, Landesvorschriften und Bundesratsinitiativen einrichten. Um das abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, „Sustainable Development Goals“ (SDG), in den Strategien des Landes verankern. [...]</p>	
	<p>Es wurde ein Klima-Check für schleswig-holsteinische Gesetze beschlossen. Er enthält keine Regelungen zu Konsequenzen, falls bei einem Gesetz klimaschädigende Wirkung festgestellt wird. Der Beschluss wird daher vom BUND SH noch nicht als umgesetzt gewertet. Eine Nachbesserung, z.B. der Nichtbeschluss eines Gesetzes bei klimaschädigender Wirkung, wird vom BUND SH dringend gefordert.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Koalitionspartner bekennen sich zum Ausstieg aus der Kernenergie und zur Energiewende, die wir gemeinsam mit den Menschen und Unternehmen zum Erfolg führen wollen. Wir wollen eine sichere, ökologische und nachhaltige Versorgung mit Energie. Dabei muss Energie für die Wirtschaftsunternehmen sowie für die privaten Haushalte und Kommunen bezahlbar bleiben. Die Koalitionspartner bekennen sich zu den völkerrechtlichen Verträgen von Paris, mit dem Ziel, die Erwärmung der Atmosphäre auf höchstens zwei Grad Celsius zu begrenzen und dazu Schleswig-Holsteins Anteil zur Energiewende entsprechend zu leisten. Fracking und CCS lehnen wir ab. Wir wollen bis Mitte des Jahrhunderts eine Energieerzeugung auf Basis Erneuerbarer Energien erreichen. Wir werden neue Wege beschreiten, Erneuerbare Energie günstiger zu machen. [...]</p>	
	<p>Der Koalitionspartner CDU konterkariert die Bekenntnis im Koalitionsvertrag zum Ausstieg aus der Kernenergie durch Forderungen nach längeren Laufzeiten für AKWs. Die Uneinigkeit der Koalition bezüglich der Abstandsregelung beim Thema Windenergie (Regionalplanung Wind) verzögert den zur Umsetzung der Pariser Klimaziele notwendigen Ausbau regenerativer Energien. Der Ausbau der Windkraft im Land ist sogar rückläufig. Auch im Baubereich fehlen Anreize für energieschonendes Bauen. Fracking wird durch die Koalition im Vertrag abgelehnt, die Investitionen in den Ausbau der Flüssigerdgas (LNG)-Anlage in Brunsbüttel zur Anlandung von gefracktem Amerikanischen Erdgas wird wiederum unterstützt - ein schwieriger Widerspruch.</p> <p>Landespolitische Initiativen um Erneuerbare Energien günstiger zu machen sind für den BUND SH nicht zu erkennen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Wir wollen den ökonomisch vernünftigen Ausbau der erneuerbaren Energien mit Augenmaß voranbringen und Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz fördern. Zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Wissenschaft und den Kommunen werden wir eine konsequente Ansiedlungsstrategie erarbeiten. [...]</p>	
	<p>Der Ausbau regenerativer Energien ist gegenüber fossilen und atomaren Energieträgern immer ökonomischer und muss deshalb nicht nur verhalten mit „Augenmaß“, sondern ambitioniert voran getrieben werden. Förderprogramme für Energiesparmaßnahmen sind vorhanden, jedoch stark ausbaufähig.</p> <p>Eine Ansiedlungsstrategie ist für den BUND SH bisher nicht erkennbar, der Windkraftausbau im Land ist rückläufig.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Eine Steigerung der Energieeffizienz birgt große Potenziale zur Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes. Bemühungen, den Energieverbrauch zu reduzieren, werden wir unterstützen und fördern. Hierzu gehören auch Informations- und Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Programme und Maßnahmen im Bereich der Bildung. Im Dialog mit der Wirtschaft und den Kommunen werden wir dafür Sorge tragen, dass Energieeinsparpotenziale besser genutzt und bestehende Initiativen unterstützt werden. Das Land unterstützt Hausbesitzer mit Beratung. [...] Wir werden das Energiewende- und Klimaschutzgesetz entlang der energiepolitischen Ziele dieses Koalitionsvertrags zur Mitte der Legislatur überprüfen.</p>	
	<p>Das Land unterstützt Hausbesitzer*innen mit Beratung, Gemeinden können eine Förderung für Energieberatung bekommen. Dieser Punkt wird also umgesetzt. Andere Bundesländern fördern großzügig private Photovoltaik-Dachanlagen. SH sollte dem nicht nachstehen. Eine dringend notwendige Reform des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes für eine konsequente Energiewende steht noch aus.</p>	

ENERGIEWENDE, KLIMA

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Damit die Energiewende ein Erfolg wird, sind neben den Bereichen der Energieeffizienz und Energieeinsparung große Anstrengungen bei der Forschung und Entwicklung von kostengünstigen und effizienten Speicher- und Anwendungsmöglichkeiten von Strom erforderlich. Wir werden die Energieforschung im Land stärker unterstützen und Start-Ups in diesem Bereich fördern. Dabei wollen wir gemeinsam mit Universitäten, Fachhochschulen und Unternehmen Forschungsschwerpunkte bilden sowie bestehende und geplante Programme bündeln. [...]</p>	
	<p>Studiengänge zu Energie und Klimaschutz bestehen an zahlreichen Hochschulen und Instituten im Lande. Diverse Projekte mit Hochschulen (z.B. Heide Hochschule, Forschungszentrum Itzehoe) zu dem Thema laufen, auch Start-Ups in dem Bereich sind vorhanden. Zukunftsfähige Innovationen im Bereich Energieeffizienz sowie ressourcen- und klimaschonende Speichermöglichkeiten für Strom sind ein wichtiger Teil der Energiewende. Diese Entwicklung würde der BUND SH begrüßen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Koalition wird sich prioritär dafür einsetzen, die Metropole Hamburg mit Erneuerbarer Energie aus Schleswig-Holstein zu versorgen. [...] Die Landesregierung wird unmittelbar Gespräche mit der Landesregierung in Hamburg führen, um die Energiebelieferung umzusetzen und evtl. Hemmnisse auszuräumen.</p>	
	<p>Hier ist bis Ende der Legislaturperiode noch Potential. Hamburg hat mit dem Kraftwerk Moorburg eine eigene Energieversorgung und müsste sich erst davon trennen. Das Kraftwerk Moorburg ist allerdings erst seit 2015 am Netz.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>E-Mobilität Sektorenkopplung oder „Power to X“ bedeutet die Nutzung von erneuerbarem Strom in allen Energiesektoren (v.a. Strom, Wärme, Mobilität und Industrie) sowie die Speicherung und Umwandlung von erneuerbarem Strom, z.B. zu Wasserstoff oder Methanol. Wir wollen innovative Power-to-X-Lösungen unterstützen. Dabei setzen wir uns insbesondere für geeignete Förderprogramme des Bundes ein. Die im Land bestehenden Fördermöglichkeiten mit EFRE- und Landesmitteln in diesem Bereich werden wir beibehalten und dem Bedarf gegebenenfalls anpassen. [...]</p>	
	<p>Die Landesregierung SH unterstützt Wasserstoffprojekte, auch diesbezügliche Fördermöglichkeiten bestehen. Im November 2019 wurde von den 5 norddeutschen Küstenländern eine Wasserstoffstrategie verabredet, die jetzt mit Leben gefüllt werden muss. Unbedingt wichtig ist, bei der Erforschung sogenannter Power-to-X-Technologien Umweltbelange ausreichend zu berücksichtigen. Power-to-fuel-Ansätze im großen Umfang lehnt der BUND SH allerdings ab. Eine umfangreiche Nutzung im PKW-Bereich würde dem Klima schaden, anstatt es zu schützen. Hier ist die Verkehrswende mit einem starken Fokus auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr prioritär.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden das Integrierte Klimaschutzprogramm von 2011 neu auflegen. Ausgehend von den zur Verfügung stehenden Flächen wird es Schleswig-Holsteins Weg der Energiewende bis 2040 beschreiben.</p>	
	<p>Dieser Punkt fehlt komplett. Eine Neuauflage unter Einbindung von Umweltschutzorganisationen, Bürger*innen und weiteren Akteuren ist für eine konsequente Energiewende aber dringend - noch in dieser Legislaturperiode - erforderlich.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Umwandlung von Abschaltstrom aus erneuerbaren Quellen zu „grünem Wasserstoff“ birgt erhebliche industriepolitische Chancen für Schleswig-Holstein, die es zu heben gilt. Insbesondere im Beschaffungsbereich, wie etwa im Schienenverkehr, wird das Land die Wasserstoffwirtschaft industriepolitisch unterstützen. [...] Wir werden uns auf Bundesebene für die Einrichtung einer „Modellregion Elektromobilität“ in Kombination mit den vom Einspeisemanagement besonders betroffenen Regionen in Schleswig-Holstein einsetzen. Die Koalition wird gemeinsam mit den Kommunen und der privaten Wirtschaft für eine flächendeckende und leistungsfähige Infrastruktur unter Einschluss von Elektrobussen einsetzen. Ab sofort streben wir an, mindestens 20 Prozent aller neu anzuschaffenden Fahrzeuge des Landes Schleswig-Holstein als Elektrofahrzeuge zu beschaffen.</p>	
	<p>Die Umwandlung von Abschaltstrom zu grünem Wasserstoff hat noch Potential, hier muss mehr passieren. Zurzeit fährt noch kein Wasserstoffzug in SH, bei Elektrobussen sind kleine Ansätze zu erkennen. Eine Modellregion Elektromobilität ist für den BUND SH allerdings noch nicht sichtbar. Auch eine flächendeckende und leistungsfähige Infrastruktur ist nicht wirklich vorhanden oder angestoßen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Windenergie ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor. Das wollen wir sichern und ausbauen. [...] Die Windenergienutzung an Land soll bis 2025 einen Beitrag von zehn Gigawatt installierte Leistung erbringen, wobei dieses Ziel mit dem Netzausbau in Schleswig-Holstein synchronisiert werden muss. Die Möglichkeiten der Nutzung durch Sektorenkoppelung werden wir ausbauen. Den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein werden wir mit Augenmaß fortsetzen und die Kosten für Stromkunden durch abgeregelte Windkraftanlagen deutlich senken. Wir werden für den Ausbau der Windenergie ausreichend Raum zur Verfügung stellen. [...] Die Regionalpläne Wind werden auf Grundlage der Stellungnahmen der Kommunen, der Träger öffentlicher Belange und der allgemeinen Öffentlichkeit grundlegend überarbeitet. Wir werden die Kriterien überprüfen, um die größtmögliche Akzeptanz vor Ort zu erzielen. Wohnsiedlungen wollen wir im Einklang mit den Energie- und Flächenzielen und unter Berücksichtigung von Naturschutzbelangen entlasten.</p> <p>Bis zum Abschluss der Regionalplanung gilt ein Moratorium. Ausnahmen werden begrenzt und können nur für Flächen erteilt werden, für die eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wurde und die erwartbar die Kriterien der Landesplanung erfüllen. In ehemaligen Eignungsgebieten und bei Bestandsanlagen insbesondere an den windreichen Küstenstandorten, die mit dem neuen Kriterienkatalog vereinbar sind, wollen wir das Repowering ermöglichen. [...]</p>	
	<p>Die Kosten für abgeregelten Strom sind weiter gestiegen. Es wird nicht nur Windkraft abgeregelt, sondern auch Photovoltaikanlagen. Die Regionalplanung ist in Arbeit, der Regionalplan mit Vorrangflächen für Windenergienutzung ist aber immer noch nicht verabschiedet. Der Ausbau der Windenergie im Land ist rückläufig.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Bis 2025 soll der Netzausbau in Deutschland planmäßig abgeschlossen sein, so dass der Ausbau der Offshore-Windenergie dynamischer vorangetrieben werden kann. Offshore-Windparks müssen bereits heute in den Netzausbau einbezogen werden. [...]</p>	
	<p>Der Netzausbau in SH wird wohl planmäßig umgesetzt. Ein Ausbau der Offshore-Windenergie darf nur unter größtmöglicher Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes erfolgen. Ansätze dazu seitens der Landesregierung dazu sind leider nicht zu erkennen. Da der Ausbau in der Ausschließlichen Wirtschaftszone erfolgt, hat SH allerdings auch nur begrenzte Rechte und damit einen geringen Einfluss.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, wird zusätzlich zu den bestehenden Mindestabständen ein neues Kriterium für die Genehmigung verankert. Im Außenbereich soll der Mindestabstand dreifache Anlagenhöhe bis Rotorblattspitze, bei Siedlungen fünffache Anlagenhöhe sein, so dass der Abstand zu einer 200 Meter hohen Anlage im Außenbereich 600 Meter (vorher 400 Meter) und bei Siedlungen 1.000 Meter (vorher 800 Meter) beträgt. Geprüft werden soll auch, ob beim Repowering eine Flexibilisierung der Abstände möglich ist [...]. Wir wollen vor allem die guten und in der Bevölkerung akzeptierten Windstandorte in Schleswig-Holstein nutzen, um damit auch den Netzausbau auf das notwendige Maß zu begrenzen und die Energiewende nicht unnötig zu verteuern. [...] Insbesondere wollen wir die Abstände zur Wohnbebauung bei der planerischen Ausweisung von Windvorranggebieten vergrößern. Innerhalb des Küstenschutzstreifens können insbesondere bei bestehenden Windkraftanlagen nach entsprechender fachlicher Prüfung neue Anlagen errichtet werden.</p>	
	<p>Die genannten Vorhaben werden im neuen Regionalplanentwurf umgesetzt. Uneinigkeit innerhalb einer Koalitionspartei in Bezug auf die festzulegenden Abstände beim Bau von Windkraftanlagen hat allerdings zu Unmut in der Bevölkerung geführt. Für eine konsequente und wegweisende Energiewende ist die Akzeptanz der Bevölkerung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien essentiell.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass der Ausbau der Solarenergie über bessere Rahmenbedingungen im Bund wieder beschleunigt wird. Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass die Menschen in den größeren Städten und Gemeinden stärker an den Vorteilen der Energiewende teilhaben können und ein Aktionsprogramm für Solarenergie zur Wärmeerzeugung in Schleswig-Holstein starten. Dabei soll mit allen Beteiligten - Kommunen, Immobilieneigentümern, Handwerk und Energiewirtschaft - eng zusammengearbeitet werden.</p>	
	<p>Die Photovoltaik konnte im Jahr 2019 immerhin den rückläufigen Ausbau von Windkraftanlagen bei der Stromerzeugung ausgleichen. Ein „Solarboom“ ist in den Städten für den BUND SH aber nicht zu erkennen. Unter den Beteiligten, die für die Erstellung eines Aktionsprogrammes für Solarenergie zur Wärmeerzeugung in SH zusammenwirken sollen, werden Naturschutzverbände nicht genannt. Der Ausbau der Solarenergie findet aber meist auf der landwirtschaftlichen Flächen statt, anstatt auf z.B. Dächern, an Hausfassaden und über versiegelten Flächen, und führt somit zum Verlust wertvoller Offenlandflächen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Die Bewahrung der Schöpfung hat für uns eine herausragende Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für einen verantwortungsbewussten Ausstieg aus der Kohlekraft in Schleswig-Holstein ein. Um das letzte reine Kohlekraftwerk in Schleswig-Holstein in Wedel stilllegen zu können, werden wir unverzüglich mit der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Betreiber Vattenfall Gespräche aufnehmen. Ziel ist eine gemeinsame Lösung, die die Voraussetzungen für eine Abschaltung des Kohlekraftwerks Wedel noch in dieser Legislatur schafft [...].</p>	
	<p>Das Kraftwerk Wedel soll mit der Heizperiode der Jahre 2024/25 vom Netz gehen. Die Legislaturperiode endet 2022.</p>	

AUSSAGE

INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG



Jamaika-Koalition

Die **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** wird absehbar noch eine wichtige Rolle zur Unterstützung der Energiewende im Wärmesektoren und im Stromsektoren übernehmen. KWK-Anlagen in Verbindung mit Wärmenetzen und Wärmespeichern bieten als Brückentechnologie im Wärmesektoren den idealen Einstieg zur Schaffung einer leitungsgebundenen Wärmeversorgung. [...] Wir werden uns weiter für eine **Verbesserung der Rahmenbedingungen** für systemdienliche KWK im Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz einsetzen. Durch den Abbau übertriebener Anforderungen und bürokratischer Hürden wollen wir dabei unter Wahrung von Technologie- und Brennstoffneutralität einen fairen Wettbewerb um eine effizientere Energienutzung befördern. Wir wollen die **Förderung von Ölheizungen** im Ersatz auf Bundesebene auslaufen lassen.



BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Ein Boom von KWK-Anlagen durch z.B. eine Verbesserung der Rahmenbedingungen ist für den BUND SH auch weiterhin nicht in Sicht. Hier ist für den Rest der Legislaturperiode noch viel Potential nach oben. Der Einsatz von Strom in Power-to-Heat-Anlagen ist nur vereinzelt zu finden, so z.B. beim neuen Küstenkraftwerk in Kiel. Eine Förderung für Ölheizungen besteht seit dem 01.01.2020 nicht mehr.



Jamaika-Koalition

Schleswig-Holstein wird den **Atomausstieg** konsequent fortsetzen. Dazu gehört der Rückbau der bestehenden Kernkraftwerke, der entlang des bestehenden Atomrechtes und insbesondere des Strahlenschutzes erfolgen sollte und den wir verantwortungsvoll für nachfolgende Generationen steuern und umsetzen. Die **Deponierung von freigemessenen Abfällen** soll in qualifizierten Deponien erfolgen. Die Koalition wird darauf hinwirken, dass Belastungen über das gesetzliche Minimum hinaus reduziert werden und in der Umgebung weit unterhalb des **Zehn-Mikrosievert-Wertes** bleiben. Wir wollen den brennelementfreien Rückbau, nach Möglichkeit einen brennstofffreien Rückbau. Wir werden die Betreiber auffordern ein Forschungsprojekt aufzulegen, wie defekte Brennstäbe entsorgt werden können. Wir bekennen uns zur neu beginnenden **Endlagersuche nach dem Prinzip der „weißen Landkarte“**. Die Standortzwischenlager für Atommüll dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir werden auf zeitnahe Planungen für eine **zentrale Zwischenlagerung der Castoren** mit hochradioaktivem Atommüll mit den entsprechenden Reparatureinrichtungen drängen. [...] An der Entscheidung, das **Atomkraftwerk Brokdorf bis spätestens Ende 2021** abzuschalten, wird festgehalten. Längere Laufzeiten des Kernkraftwerk Brokdorf durch Übertragung von Strommengen zu Lasten der Energiewende lehnen wir ab. [...]



BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Die Landesregierung setzt den Atomausstieg weiter fort, dies wird eh nach Bundesgesetz betrieben. Forderungen des BUND in Bezug auf die Deponierung von freigemessenen Abfällen wurden nicht übernommen. Es gibt keine qualifizierten Deponien nach BUND-Konzept in SH. Außer in Wiershop für das AKW Krümmel gibt es keine Fortschritte einvernehmlicher Deponiesuche im Land. Das Zehn-Mikrosievert Konzept ist nicht zeitgemäß und sollte durch die Landesregierung mit Unterstützung des Bundesrates ausgesetzt werden und einem überarbeiteten Konzept mit geringerer Strahlung weichen. Die Forderung des BUND, den veralteten Wert um den Faktor Zehn zu reduzieren und die entsprechende Verordnung über den Bundesrat zu ändern, ist nicht erfolgt. Ein Forschungsprojekt, wie defekte Brennstäbe entsorgt werden können, ist dem BUND SH nicht bekannt. Die Endlagersuche nach dem Prinzip der weißen Landkarte wird unterstützt, bisher gibt es dazu aber keine konkreten Untersuchungen. Diese muss aber zügig vorangetrieben werden, so dass das Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung so gering wie möglich ausfällt. Planungen für eine zentrale Zwischenlagerung der Castoren gibt es nicht, stattdessen erfolgte die unbefristete Genehmigung des Standort-Zwischenlagers Brunsbüttel. Für das AKW Brokdorf ist der Rückbauantrag gestellt und wird erwartet, auch wenn es Stimmen aus der Koalition (CDU, FDP) gibt, die Laufzeitverlängerungen fordern. In vielen Punkten fehlt Nachbesserung.

NATUR- UND ARTENSCHUTZ, WALD

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden unter Beteiligung der Naturschutz- und Nutzerverbände ein Artenschutzprogramm - als Neuauflage des derzeitigen Artenhilfsprogramms - erstellen, da die aktuelle Datenlage zur Bestandsentwicklung und zum Erhaltungszustand der europarechtlich geschützten Arten eine Anpassung erforderlich macht.</p>	
	<p>Es sind erste Ansätze zu erkennen, die aber in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode viel deutlicher Form annehmen müssen. Es ist unklar, was landesseitig die Stoßrichtung ist, ob mögliche Beschlüsse finanziell hinterlegt sind und ob die Realisierung zusätzlicher Maßnahmen vorgesehen ist.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Stiftung Naturschutz sowie die Naturschutzverbände erkennen wir als wertvolle Partner bei dem Erhalt unserer biologischen Vielfalt und der Umsetzung von Naturschutzprojekten im Land. Wir werden ihre Arbeit weiterhin unterstützen.</p>	
	<p>Die Institutionelle Förderung der Verbände besteht unverändert weiter, das ist gut. Die Betreuungsgelder wurden aber auch nicht erhöht, was weiterhin zu konstantem personellen Engpass in wichtigen Bearbeitungsfeldern führt. Die Fristen für Stellungnahmen sind in diversen Fällen so kurz bemessen, dass eine inhaltlich angemessene Stellungnahme kaum möglich ist. Hier wünscht sich der BUND SH eine stärkere Positionierung zur hohen Relevanz der Naturschutzverbände im Land.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Das wertvolle Potenzial unserer Naturparke ist noch weitgehend ungenutzt. Wir werden daher das Konzept und die Richtlinie des Landes für die Naturparkförderung grundlegend überarbeiten (sog. Qualitätsoffensive), um die Arbeit der Naturparke zu stärken. Wir werden prüfen, ob die Förderquote und das jährliche Gesamtbudget erhöht werden. Außerdem werden wir prüfen, wie die notwendige Förderung der Personalkosten ermöglicht werden kann.</p>	
	<p>Dieser Punkt wurde umgesetzt und war z.B. im Naturpark Schlei ziemlich erfolgreich. Dort wurden neue Stellen geschaffen. Auf Naturschutz und Umweltbildung kann dort seitdem ein hoher Stellenwert gelegt werden.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Das Wolfsmanagement werden wir im Dialog mit allen Betroffenen fortführen und fortlaufend anpassen. Insbesondere werden wir die Tierhalterinnen und Tierhalter intensiv einbinden. Die Weidehaltung soll gesichert werden. Zudem wollen wir die Bearbeitungszeit von Rissgutachten und Entschädigungsanträgen reduzieren und Mittel für Präventionsleistungen und Herdenschutzmaßnahmen bereitstellen.</p>	
	<p>Vom Land werden für Schaffhalter*innen Mittel für Herdenschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Diese wurden über den bisherigen Zeitraum hinweg erhöht. Unter dem Druck der Ereignisse (mehrere Wolfsvorkommen und auch einige Rissfälle) gibt es zum Thema durchgehend eine hohe Aktivität, sowohl im zuständigen Ministerium als auch im entsprechenden Landesamt.</p>	

NATUR- UND ARTENSCHUTZ, WALD

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir sind uns darin einig, den Flächenverbrauch zum Schutz von Umwelt und Landwirtschaft zu reduzieren. Eingriffe in Natur und Landschaft müssen ausgeglichen werden. Wir wollen dies möglichst flächenschonend umsetzen und dazu wirksame Instrumente, wie Ökokonten, weiterentwickeln und die Potenziale der Flächenentsiegelung stärker in den Blick nehmen.</p>	
	<p>Die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans zeigt deutlich, dass kein Interesse besteht, den Flächenverbrauch konsequent einzudämmen, er wird damit sogar gefördert.</p> <p>Ob vorgeschriebene Ausgleichsflächen bei Bauvorhaben tatsächlich eingerichtet werden, wird wenig bis gar nicht kontrolliert. Oftmals fehlen sie. Ausgleichsflächen sind außerdem kein Ersatz für Flächenverbrauch, da keine neuen Flächen geschaffen werden. Es gibt an diesem Punkt einen starken Widerspruch zwischen formulierter Absicht und Umsetzung in der Realität. Die sich ergebenden Auswirkungen auf die Natur sind problematisch.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Einzelmaßnahmen sind einzubetten in einen Ausbau der landesweiten Biotopvernetzung. Daher werden wir im Dialog mit relevanten Akteuren eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt entwickeln. In dieser Strategie wollen wir die bestehenden fachpolitischen Ziele und Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt abteilungs- und ressortübergreifend zusammenführen und ergänzen.</p>	
	<p>Eine Biodiversitätsstrategie ist in Bearbeitung. Es wird seitens des Umweltministeriums angestrebt, diese bis zum Ende der Legislaturperiode der Jamaika-Koalition fertiggestellt zu haben. Zurzeit ist eine Gliederung vorhanden, die nun mit Leben gefüllt werden soll. Der BUND SH wurde über eine Besprechung der Grundlagen vorerst eingebunden. Die geplante Biodiversitätsstrategie beinhaltet zurzeit weder verbindliche Maßnahmen bei Nichteinhaltung der Schutzkonzepte noch eine Planung zur Finanzierung letzterer. Dies muss unbedingt nachgebessert werden.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Den Schutz von Grünland, Mooren und Anmooren werden wir weiter fördern.</p>	
	<p>Durch die Novellierung des Grünlanderhaltungsgesetzes ist der Grünlandschutz verwässert worden. Fast die Hälfte der schützenswerten Grünlandflächen ist nur noch nach EU-Recht geschützt (Schutz durch Prämie).</p> <p>Seit der verstärkten Klimadebatte ist der Moorschutz stärker in den Fokus der Landesregierung gerückt. Hier sind erste Ansätze der Verbesserung zu erkennen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Das Auenprogramm zur Renaturierung von Auen entlang der prioritären Gewässer werden wir umsetzen.</p>	
	<p>Das Auenprogramm wurde bereits im Jahr 2016 beschlossen. Das Gesamtprogramm ist für den BUND SH bereits von der angesetzten Renaturierungs-Kilometerzahl unzureichend. Auen sind besonders artenreiche Gebiete, damit sind diese auch in einem deutlich umfassenderen Maße zu renaturieren. Die meisten Gewässersysteme sind in einem schlechten ökologischen Zustand, viele Arten und Lebensräume der Auen weiterhin in keinem günstigen Erhaltungszustand.</p>	

NATUR- UND ARTENSCHUTZ, WALD

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir wollen das fast erreichte Ziel von 15 Prozent Vorrangflächen (derzeit 14,6 Prozent der Landesfläche) in der kommenden Legislaturperiode einschließlich zwei Prozent Wildnisgebiete erreichen.</p>	
	<p>Formal als Vorrangfläche deklarierte Gebiete, werden in der Praxis teilweise intensiv forst- und landwirtschaftlich genutzt. Ein Mehrwert für den Natur- und Umweltschutz ist auf solchen Flächen aus Sicht des BUND SH klein oder nicht vorhanden. Die Größe der vorgeschlagenen Wildnisgebiete erfüllt nicht die nationalen Anforderungen. Sie sind im Großteil der Fälle sehr klein und können nicht die Entstehungs- oder Rückzugsräume darstellen, die für den Erhalt der biologischen Vielfalt dringend notwendig wären. Für die Erfüllung der zwei-Prozent-Quote werden Flächen teilweise sich selbst überlassen, obwohl auf ihnen eine, am Naturschutz orientierte Beweidung die Artenvielfalt stärker fördern würde.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Für Honigbienen, Wildbienen und andere Insekten wollen wir das Blütenangebot und das Angebot strukturreicher Habitate in der Landschaft erhöhen. Formen der landwirtschaftlichen Nutzung wie Leguminosenanbau, Zwischenfruchtanbau und Wildpflanzenanbau tragen ebenfalls dazu bei. Diese wollen wir weiter fördern. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen Möglichkeiten prüfen, das Blütenangebot auch im Bereich der Grünflächen der öffentlichen Hand weiter zu erhöhen.</p>	
	<p>Initiativen und Förderprogramme zeigen, dass die Landesregierung versucht, den Problemen des Insektensterbens mit Blühflächen zu begegnen. Großflächige, weiträumig vernetzende Strukturangebote in der Landschaft oder eine Veränderung der Regelungen in der Veterinärmedizin zum Schutz von Dunginsekten sind für den BUND SH allerdings noch nicht zu sehen. Ein Konzept zur Sicherung/Neuschaffung von Totholz in der Landschaft fehlt, ist für die Artenvielfalt aber unabdingbar. Es fehlen zudem klare Anweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr zum artengechten Management von Straßenrändern. Dies hat zur Folge, dass teilweise unnötige massive Rodungen und Schnitte entlang von Straßen und Bahnstrecken durchgeführt werden. Mit allen Folgen für die Artenvielfalt.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Moorgebiete und Niederungsgebiete wollen wir besonders fördern. [...] Das Land wird im Rahmen von Public-Private-Partnerschaften Modellprojekte zur Zukunft der Moore etablieren, die die Komplexität der Ökosystemdienstleistungen im Moor verbinden. [...]</p>	
	<p>Erste Bemühungen der Landesregierung sind zu erkennen. Sie werden durch die Stiftung Naturschutz ausgeführt. Ein Moorschutzprogramm ist im Anlaufen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden einen „Runden Tisch“ mit Jagdverbänden, Naturschutzverbänden und Tierschutzverbänden einrichten, um jagdfachliche Fragen wie u.a. Monitoringprogramme von wildlebenden Tieren zu diskutieren.</p>	
	<p>Ein solcher Tisch wurde bisher nicht mit dem BUND SH durchgeführt.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Forstpolitik strebt seit Jahrhunderten die gelebte Umsetzung des Begriffes Nachhaltigkeit an. Die Forstpolitik der Koalition wird in diesem Sinne Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Soziales) akzentuieren, insbesondere die Interessen des Klimaschutzes (Bauen mit Holz, energetische Nutzung, Bioökonomie) mit denen der Biodiversität, der Klimaanpassung und des Naturschutzes in Ausgleich bringen.</p>
	<p>Ausreichende Biodiversität und wirksamer Klimaschutz können wesentlich durch naturnahe Wälder geleistet werden. Die Regierung hat diesen Pfad zu „gelebter Nachhaltigkeit“ nicht genutzt und nicht verbessert. Die dazu notwendige Novellierung des Landeswaldgesetzes ist unterblieben. Die SHLF arbeiten mit einer naturfernen und klimafeindlichen Betriebsanweisung Waldbau von 2011 mit sichtbaren naturschädigenden Folgen. Die seit Jahren von den Umweltverbänden angebotene „Allianz für den Wald“ wurde abgelehnt. Echte Partizipation von Bürger*innen und Naturschutzorganisationen bei den „Bürgerwäldern“ der SHLF ist nicht eingeführt, lediglich eine periodische Informierung. Es fand begrenzter Pestizideinsatz in Wäldern statt.</p>
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>An dem Ziel, den Waldanteil auf zwölf Prozent der Landesfläche zu steigern, wird festgehalten. Wir streben dabei den Aufbau klimaangepasster stabiler Mischwälder an. [...] Der öffentliche Wald ist in besonderem Maße dem Gemeinwohl wie der Erholung oder dem Natur- und Artenschutz verpflichtet. Die Leistungen der Landesforsten in diesem Bereich werden wir auch weiterhin unterstützen. Zugleich wollen wir die Landesforsten in der Rechtsform als Anstalt öffentlichen Rechts beibehalten.</p>
	<p>Die tatsächliche Umsetzung des 12 % Wald-Zieles lässt auf sich warten. Die Flächenkonkurrenz verhindert eine leichte Verfügbarkeit von geeigneten Flächen zur Waldbildung. Diese dürfen aus ökologischen Gründen keine Flächen mit seltener und hoher Biodiversität sein. Dafür bedarf es entschiedenerer politischer und finanzieller Anstrengungen, als sie bisher unternommen wurden.</p> <p>Die Neuwaldbildung muss vollständig auf standortfremde Nadelbäume verzichten. Diese nehmen zur Zeit rund 40 % der bestehenden Waldflächen ein und sterben wegen mangelnder Angepasstheit an hiesiges Klima dramatisch ab. Neue Wälder müssen den hiesigen Standorten und dem sich verändernden Klima angepasst sein. Das können am besten sich naturnah entwickelnde heimische Baumarten leisten.</p> <p>Die SHLF verstehen sich trotz verbesserter Interaktion mit der Bevölkerung immer noch primär als Wirtschaftsbetrieb mit erwerbswirtschaftlicher Zielsetzung und begründen boden- und waldschädigende technische und forstliche Maßnahmen mit dem Zwang zu finanziellen Einnahmen. In diesem Punkt muss die Zielsetzung der Anstalt des öffentlichen Rechts der Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes von 1990 angepasst werden, nach der öffentliche Waldeigentümer primär der Daseinsvorsorge und nicht dem Erzielen von Einnahmen verpflichtet sind.</p> <p>In Anbetracht der steigenden Bedeutung von Wäldern im Klimawandel und zum Erhalt von Biodiversität ist die Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts nicht mehr zeitgemäß. Im Hinblick auf die notwendige Langfristigkeit der Zielsetzung, die gemeinnützige Zwecksetzung und die Sicherheit vor übereilten Verkäufen von Wald in öffentlicher Hand ist die Rechtsform einer Stiftung des öffentlichen Rechts das geeignetste Konstrukt.</p>

GEWÄSSER- UND MEERESSCHUTZ, FISCHEREI

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie weiter voranbringen. Dies betrifft sowohl die Gewässerstruktur, etwa Durchgängigkeit der Gewässer, als auch die stoffliche Qualität, also Verringerung der Schadstoff- und Nährstoffeinträge.</p>	
	<p>Ein Hauptziel der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist Herstellung des „guten ökologischen Zustandes“ der Oberflächengewässer. Auch Binnenseen, Küstengewässer und Grundwasser sind wichtige Objekte der WRRL. Die Umsetzung der Ziele der WRRL hat für den BUND SH daher einen hohen Stellenwert. Im Vergleich zur WRRL-Periode 2010-2012 wurden im Zeitraum 2016-2018 mengenmäßig weniger Maßnahmen umgesetzt, diese waren aber komplexer und teurer. Von 1.353 geplanten Maßnahmen des Programms 2015 wurden bis 2018 nur ca. 3 % abgeschlossen, etwa die Hälfte noch nicht einmal begonnen. Schwierigkeiten bei der Umsetzung entstehen immer wieder durch Flächenkonkurrenz, Mangel an Planungsbüros, langwierige Genehmigungsverfahren, Freiwilligkeit der Maßnahmen und mangelndes gesellschaftliches Bewusstsein beim Gewässerschutz. Von 1.400 km „natürlichen“ Fließgewässern sind bisher nur 5 % in einem „guten ökologischen Zustand“. Von 62 Seen (> 0,5 km²) sind nur 2 in gutem Zustand.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Außerdem werden wir das Landeswassergesetz umfassend novellieren und dem Bundesrecht anpassen.</p>	
	<p>Das Landeswassergesetz wurde Ende 2019 novelliert. Begrüßenswerte Änderungen sind, dass das Gesetz auch für Grundwasser gilt, dass es zukünftig eine Beschränkung der Nutzung von Grundwasser ohne besondere Erlaubnis und eine Regelung gegen Gewässerverschmutzung bei Bohrungen und Fracking gibt, die letztere so gut wie unmöglich gestalten. Defizite der Neuregelungen sind immer noch die schützenden Gewässerrandstreifen: Die BUND-Forderung von mindestens 10 Meter Randstreifen verpflichtend wurde nicht aufgenommen, obwohl sie Bestandteil des WRRL-Maßnahmenprogramms für wertvolle Vorranggewässer ist und diese wirksam vor Schadstoffeinträgen schützen würde. Diverse weitere Änderungsvorschläge der BUND-Stellungnahme wurden nicht übernommen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden die Einträge von Nähr- und Schadstoffen sowie sonstige Einflüsse auf unser Grund- und Trinkwasser aus allen Quellen weiter reduzieren und auch für künftige Generationen die Trinkwasserressourcen nachhaltig sicherstellen. Hierzu werden wir einen vorsorgenden Grundwasserschutz in der Landwirtschaft und den Kommunen unter Einbeziehung der Wasserversorger fortsetzen und intensivieren.</p>	
	<p>Es bestehen die neue Düngeverordnung (DüngeVO) vom Juni 2017 und die neue LandesdüngeVO vom Juli 2018. Die neue Stoffstrombilanzverordnung vom Dezember 2017 erlaubt als oberen Grenzwert 175 kg N/ha (Stickstoff pro Hektar) als „Hoftorbilanz“, das Umweltministerium SH fordert aber höchstens 130 kg N/ha. Das aktuelle Düngerecht reicht nicht aus, um die Problematik der Boden- und Gewässerbelastung in den Griff zu bekommen, Ressourcen für Kontrollen im Düngebereich wurden allerdings aufgestockt. Eine weitere Anpassung der DüngeVO soll im Jahr 2020 vom Bund verabschiedet werden. Grund dafür ist vor allem das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach die Bundesrepublik gegen die Nitratrichtlinie verstößt und mit empfindlichen Strafzahlungen rechnen muss. Anfang 2020 veröffentlicht das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume einen Bericht, in dem Grenzwertüberschreitungen für Pflanzenschutzmittel sowie deren Abbauprodukte im Grundwasser festgestellt werden.</p>	

GEWÄSSER- UND MEERESSCHUTZ, FISCHEREI

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Für die Schlei werden wir ein Testprogramm zur Entfernung des Faulschlamms auflegen.</p>	
	<p>Der BUND SH kann keinen Einsatz für das Thema erkennen, es gibt auch keine sichtbaren Projekte in diese Richtung. Beim Naturpark Schlei wird im Frühjahr 2020 eine Projektstelle eingesetzt, die Bundesgelder zur Schleisanierung einwerben soll. Der ökologische Zustand der Schlei ist weiterhin schlecht.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Der Meeresschutz wird ein wichtiges Thema in dieser Legislaturperiode. [...] Wir werden uns für ein europäisches Verbot von Mikroplastik einsetzen und die Nährstoffeinträge verringern, indem wir alle Eintragsquellen prüfen und moderne, innovative Techniken zur Verringerung unterstützen.</p>	
	<p>Ein europäisches Verbot von Mikroplastik ist dem BUND SH nicht bekannt, würde vom Verband aber begrüßt werden. Auch eine Verringerung der Nährstoffeinträge ist bisher nicht zu erkennen. Inwieweit die neue Düngeverordnung hier Verbesserung schaffen kann, bleibt abzuwarten.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in Nord- und Ostsee. Wir werden die Arbeit am Munitionskataster fortführen, in dem Lage und Art der Munitionsreste veröffentlicht werden. [...] Neben der Entwicklung alternativer Bergungstechnologien zum Schutz der Meeresumwelt werden wir Pilotprojekte zu deren Einsatz fördern. [...] Wir wollen den Schweinswalschutz weiter verbessern. Nach der Probephase und wissenschaftlichen Auswertung der mit Warnsignalen (PAL, Ultraschall-Warngerät) ausgestatteten Stellnetze werden wir die generelle Anwendung sowie weitere Maßnahmen prüfen und in enger Abstimmung mit den betroffenen Fischerinnen und Fischern aufgrund wissenschaftlicher Empfehlungen umsetzen. Insbesondere werden wir im Dialog mit Fischerinnen und Fischern sowie Naturschützerinnen und Naturschützern Möglichkeiten prüfen, räumliche und zeitliche Nullnutzungszonen einzurichten.</p>	
	<p>Ein Munitionskataster besteht. Neue Munitionsbergungstechnik wurde entwickelt, ist aber noch nicht einsatzfähig. Eine widerrechtliche Minensprengung im Fehmarnbelt im Jahr 2019 durch die Marine tötete rund 30 Schweinswale. Insgesamt ist der Schweinswalschutz für den BUND SH nicht sichtbar verbessert worden, eine neuere wissenschaftliche Auswertung der PALs hat nicht stattgefunden. Trotz weitreichender Bedenken der Naturschutzverbände gegenüber der Sinnhaftigkeit von PALs wurden dafür 900.000 Euro Ende 2019 bewilligt. Es gibt keine neuen Nullnutzungszonen in der Nordsee, auch keine Initiativen in der Richtung, obwohl 50% Nullnutzung nach Bundesnaturschutzgesetz im Nationalpark vorgeschrieben wären. Die wechselnden Sperrzonen in der Ostsee werden ungenügend kontrolliert, gelten nur für die freiwillig teilnehmenden Fischer und ihre Wirksamkeit wird nicht untersucht.</p>	

GEWÄSSER- UND MEERESSCHUTZ, FISCHEREI

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von herausragender Bedeutung für den Natur- und Meeresschutz, aber auch für den nachhaltigen Tourismus. Wir werden ihn in enger Abstimmung mit der örtlichen Bevölkerung behutsam weiterentwickeln. Nachhaltige Nutzungen, die den Zielen des Nationalparks nicht entgegenstehen, müssen weiterhin möglich sein. Dies gilt für touristische Nutzungen ebenso wie für die traditionelle Fischerei. [...] Analog zur Übereinkunft zwischen Muschelfischerinnen und Muschelfischern sowie Naturschutzorganisationen werden wir eine Initiative zur nationalparkverträglichen Ausgestaltung der Krabbenfischerei im Dialog mit Fischerinnen und Fischern und Naturschutzverbänden ergebnisoffen starten. [...] Hierzu können nutzungsfreie Zonen ebenso gehören wie die Förderung einer naturverträglichen Fangtechnik sowie einer Regionalverarbeitung und -vermarktung.</p>	
	<p>Das Kiten wurde ohne fachliche Notwendigkeit und ohne Ausgleich an anderen Stellen für vier wichtige Vogelgebiete (List, Hörnum, Wittdün, St. Peter) landesseitig festgeschrieben. Eine solche touristische Nutzung ist sicherlich nicht nachhaltig. Ein Dialogprozess mit Krabbenfischern besteht. Dieser verläuft aber sehr schleppend und wird von den Fischern wiederholt gebremst. Es gibt im Rahmen des Dialogprozesses keine Gespräche über Nullnutzungszonen, nur über Fangtechniken.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Ölförderung im Nationalpark steht im Widerspruch zu den Nationalparkzielen, genießt allerdings Bestandsschutz hinsichtlich der Bohr- und Förderinsel „Mittelplate“. Explorationsbohrungen im Nationalparkgebiet lehnen wir ab.</p>	
	<p>Der Umweltminister des Landes hat sich gegen das erneute Ansinnen der Deutschen Erdöl AG nach Probebohrungen positioniert, gleiches gilt für die Koalitionspartei Bündis 90/Die Grünen. Die anderen beiden Koalitionspartner*innen weisen auf die störungsfreien Abläufe und die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Ölförderung im Nationalpark hin, erwähnen dabei aber die hohe wirtschaftliche Bedeutung der Erneuerbaren Energien im Lande mit keinem Wort.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Verbringung von Elbschlick vor der Küste Schleswig-Holsteins ist keine langfristige Lösung. Bevor über weitere Mengen mit Hamburg verhandelt wird, muss Hamburg auch andere Verbringungsoptionen, wie etwa eine Verbringung in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) geprüft haben.</p>	
	<p>In der Unterbringungsstelle Tonne E3 im Nordseebereich von Schleswig-Holstein findet weiterhin Sedimentverklappung statt. Bis jetzt gibt es keine alternativen Lösungsvorschläge von Hamburg oder Schleswig-Holstein, der alte Vertrag wurde mit einer Laufzeit von 2020 bis 2024 nahezu unverändert fortgeführt.</p>	

GEWÄSSER- UND MEERESSCHUTZ, FISCHEREI

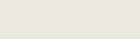
AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Umsetzung der Meeresstrategierahmenrichtlinie werden wir mit besonderem Hochdruck voranbringen und uns auf das Monitoring und die Bekämpfung von „Geisternetzen“, den Ausbau des „Fishing for Litter“, Lärminderungsmaßnahmen im Meer, Prüfung neuer Schutzgebietsverordnungen für besondere Ökosysteme, umweltgerechtes Management von marinen Sand- und Kiesressourcen konzentrieren.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Große Aktionen und Maßnahmen gegen Geisternetze und Müll stehen noch aus und sollten im verbleibenden Rest der Legislaturperiode dringend beschlossen werden. Geisternetze waren immerhin Thema auf der Umweltministerkonferenz Ende 2019. Zur Lärminderung beim Offshorebau gibt es Maßnahmen, bei angekündigten Anstrengungen ist der Stand noch offen. Neue Schutzgebietsverordnungen für besondere Ökosysteme sind aus Sicht des BUND SH, zumindest nicht im bahnbrechenden Stile hinzugekommen. Sandabbau wurde neu genehmigt, das umweltgerechte Management steht noch aus.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Allianz Gewässerschutz wollen wir fortsetzen. (Seite 67) An den prioritären Gewässern streben wir 10 m breite Gewässerrandstreifen an. Wir werden das Anreizsystem stärken, um bessere Erfolge zu erzielen. [...] Unser Ziel ist ein jährlicher Zuwachs von fünf Prozent der Gesamtlänge der prioritären Gewässer (1.200 km Gesamtuferlänge). [...]</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Die Allianz Gewässerschutz wurde 2017 durch die Aufnahme des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände und des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft erweitert. Bei der Novellierung des Landeswassergesetzes im Jahr 2019 wurde die BUND-Forderung nach 10 Meter breiten Gewässerrandstreifen nicht aufgenommen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Unser Ziel ist eine mit Natur- und Artenschutzanforderungen vereinbare, nachhaltige Fischerei, die selbstverständlich auch den Erhalt bzw. eine ausreichende Reproduktionsrate der Fischbestände gewährleisten muss, auch, um sich nicht selbst ihrer Grundlage zu berauben. Wir werden uns sachgerecht an den wissenschaftlichen Daten und Erkenntnissen orientieren. Die handwerkliche Fischerei in Schleswig-Holstein wollen wir erhalten. Sie ist auch aus touristischer Sicht von Bedeutung.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Wegen mangelnder wirtschaftlicher Unterstützung ist die Ostseefischerei schwer herausgefordert. Nutzbare Fische im Wattenmeer sind u.a. durch Überfischung praktisch ausgerottet (Stör, Rochen, Lachs, Schnäpel, große Plattfische). Es gibt keine Maßnahmen zur Wiederansiedlung (außer beim Stör und bei der Europäischen Auster, allerdings durch das Bundesamt für Naturschutz). Wirbellose, wie z.B. Hummer, Auster, Garnele, Miesmuschel, wurden in der Formulierung des Koalitionsvertrags schlicht weggelassen. Der Stint in der Elbe wird durch die Elbvertiefung in seinem Bestand bedroht.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Der Ökolandbau hat besondere Bedeutung und kann oft einen zusätzlichen Mehrwert im Gemeinwohl bieten. Wir halten an der Zahlung der Umstellungs- und Beibehaltungsprämien landesweit fest und werden das Netzwerk Ökolandbau Schleswig-Holstein weiter fördern. Außerdem werden wir eine Fachklasse Ökolandbau im dritten Jahrgang der Berufsschule einführen.</p>	
	<p>Ökolandbau wurde in speziellen Fachklassen eingeführt, sollte aber durchgehend und flächendeckend in der Ausbildung gelehrt werden. Insbesondere auch für Schüler*innen, die in konventionellen Betrieben lernen. Einen solchen Ansatz, die Agrarwende bereits im Bildungsbereich herbeizuführen, würde der BUND SH begrüßen. Umstellungs- und Beibehaltungsprämien wurden, wie angekündigt, beibehalten. Ebenso die Förderung des Netzwerks Ökolandbau.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Um den Arten- und Gewässerschutz zu fördern, sollen auf freiwilliger Basis spezielle „Modellbetriebe Ökosystemdienste“ eingerichtet und gefördert werden. Landwirtinnen und Landwirte, die bereit sind, die Bewirtschaftung wesentlicher Teile ihres Betriebes auf spezifische Maßnahmen des Natur- und Gewässerschutzes auszurichten, erhalten dafür einen ausreichenden finanziellen Ausgleich für den entgangenen Gewinn (Einkommenssicherung). [...] Die „Modellbetriebe Ökosystemdienste“ sollen schwerpunktmäßig dort eingerichtet werden, wo aus Naturschutzsicht besondere Defizite bestehen. [...]</p>	
	<p>Das Umweltministerium fördert dazu mit einem Projekt Blühflächen nach unterschiedlichen Konzepten. Von knapp 1 Million Hektar Acker und Grünland wurden 2018 ca. 530 Hektar zu Blühwiesen. Blühstreifen wurden bis September 2019 ca. 120 Hektar angelegt. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege plant auf Sylt einen Landschaftspflegehof. Das ist insgesamt viel zu wenig für einen Erhalt der Artenvielfalt. Durch die Auswirkungen der industriellen Agrarwirtschaft sind viele Bodenbrüter weiterhin in ihrem Bestand stark gefährdet, die Insektenvielfalt nimmt ab, im Grundwasser wurden Reste von Pflanzenschutzmitteln nachgewiesen und Oberflächengewässer sind zum großen Teil weiterhin in einem schlechten Zustand. Stärkere Anreize zur Förderung von natur- und gewässerschonender Landwirtschaft hält der BUND SH für dringend notwendig.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und bei der außerlandwirtschaftlichen Anwendung reduziert wird.</p>	
	<p>Pestizide sind weiterhin im bundesgesetzlichen Rahmen einsetzbar, nach Landesrecht sind dem BUND SH keine besonderen Maßnahmen zur Reduzierungen bekannt. Durch das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume wurden Pflanzengifte und deren Abbauprodukte im Grundwasser nachgewiesen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Im Rahmen der Landeszuständigkeit werden wir eine Strategie zur Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes gemeinsam mit Beratung und Wissenschaft erarbeiten. Im Rahmen dieser Strategie soll besonderer Wert daraufgelegt werden, den Einsatz von Wirkstoffen mit hoher Human- und Ökotoxizität zu senken.</p>	
	<p>Eine Pestizidreduktionsstrategie wird, laut einem Landtagsmitglied, erarbeitet, liegt aber noch nicht vor. Welche Mittel diese umfassen wird, ist dem BUND SH nicht bekannt. Eine entsprechende Strategie zur Minderung chemisch-synthetischer Pestizide ist wichtig. Hier ist eine schnelle Umsetzung dringend erforderlich.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir bekennen uns zu einer flächengebundenen Tierhaltung und einer breiten Eigentumsstreuung und werden Maßnahmen entwickeln, die einer Entkopplung von Tierhaltung und Fläche und hohen Konzentrationen in der Tierhaltung entgegenwirken. Dabei ist die Milchwirtschaft ein Schwerpunkt. Ab 2018 soll ein „virtuelles“ Forschungs- und Bildungszentrum (FBZ) Landwirtschaft, Ernährung & Umwelt mit einem Pilotprojekt „FBZ-Milch“ etabliert werden, an dem die Akteurinnen und Akteure der Hochschulen, der Beratung und der Ausbildung als Trägerinnen und Träger partizipieren. [...]</p>	
	<p>Flächengebundene Tierhaltung ist ein essentieller Bestandteil von artgerechter Tierhaltung, Klima- sowie Grundwasserschutz. Eine konsequente Umsetzung dieses Punktes steht aus Sicht des BUND SH seit langem aus, ein diesbezüglicher Konsens scheint aber innerhalb der Koalition auch schwierig zu finden. Gemäß kleiner Anfrage Drucksache 19/1582 wurde bisher zum FBZ Milch nichts unternommen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Extensiv bewirtschaftetes Grünland soll den Grünlandstatus behalten, soweit dies das EU-Recht zulässt.</p>	
	<p>Das novellierte Dauergrünlanderhaltungsgesetz wurde am 23.01.2019 beschlossen. Aus BUND-Sicht gibt es Defizite: Nur ca. die Hälfte des Grünlands ist vom Gesetz erfasst. Totalherbizide sind auf Dauergrünland nicht verboten, Anreize zur Artenvielfalt fehlen. Gebüsche in Weidelandschaften werden aufwendig herausgerechnet. Hier ist aus Sicht des BUND SH Nachbesserung erforderlich.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Da Tierschutzaspekte auch außerhalb der landwirtschaftlichen Tierhaltung von erheblicher Bedeutung sind (z.B. Heimtierhaltung), werden wir analog zum Landesnaturschutzbeauftragten einen/eine Tierschutzbeauftragte/n berufen. Diese/r wird eng mit dem bestehenden Tierschutzbeirat zusammenarbeiten.</p>	
	<p>Katharina Erdmann ist seit 2018 Tierschutzbeauftragte. Der BUND SH begrüßt positive Ansätze zum Tierwohl.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Agrar- und Umweltpolitik im Lande sollte den Anspruch haben, für Deutschland Modelle für eine gemeinsame europäische Agrarpolitik (GAP) nach 2020 vorzudenken und z.B. in Form von Maßnahmen der „Zweiten Säule“ vorab einzuführen. Gemeinwohlleistungen sollen zukünftig stärker gewürdigt werden als mit dem derzeitigen ineffizienten Greening. [...] Als ein Modell für die GAP nach 2020 sollen daher Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft mit einem Ökopunkteansatz zusätzlich honoriert werden</p>	
	<p>Ein Umbau der europäischen Agrarpolitik (GAP), weg von der Flächenförderung und hin zu stärkeren Anreizen und der Finanzierung von Natur- und Umweltleistungen/ Gemeinwohlleistungen ist für den BUND SH dringend erforderlich. Eine diesbezügliche klare Positionierung der Koalition oder Aktivitäten zu einem nationalen Konsens sind aber nicht erkennbar und scheinen, wegen der Verschiedenheiten der Koalitionspartner, schwierig zu beschließen. Auch das Ökopunktemodell sowie die Honorierung ökologisch wertvoller Maßnahmen fehlen großflächig.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Geographisch wie wirtschaftlich sind Hamburg und Schleswig-Holstein eng miteinander verflochten. Wir wollen die Zusammenarbeit mit Hamburg und im Besonderen innerhalb der Metropolregion Hamburg verstärken. Gerade in den Clustern Erneuerbare Energien und Digitalwirtschaft sehen wir hier besondere Möglichkeiten. Um die wirtschaftlichen Chancen der Metropolregion Hamburg besser nutzen zu können [...] werden wir die Gewerbeflächenausweisung im Hamburger Umland und die gemeinsame länderübergreifende Gewerbeflächenausweisung vereinfachen. Zudem werden wir prüfen, ob und wie eine gemeinsame Landesplanung mit der Freien und Hansestadt Hamburg umgesetzt werden kann.</p>	
	<p>Die Vereinfachung von Flächenausweisungen führt unweigerlich zu steigender Flächennutzung und -versiegelung. Dies bringt erhebliche Nachteile für Natur und Artenvielfalt mit sich, zusätzlich zur Minderung der Lebensqualität für Menschen im angrenzenden Umfeld.</p> <p>Die seitens des Landes angestrebte Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg ist im Bereich Erneuerbare Energien noch nicht überzeugend zu sehen. Das Kraftwerk Wedel erhielt trotz Grünem Umweltsenator in Hamburg eine Laufzeitverlängerung bis mindestens 2024. Eine gemeinsame Landesplanung würde nur Sinn ergeben, wenn sie unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten durchgeführt würde und so z.B. Innenverdichtung vor Außenentwicklung (unter Berücksichtigung von naturschutzrelevanten Stadtflächen) vereinfacht oder Lebensräume vernetzt.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Der Boden ist neben der Basis für Lebensmittelproduktion auch in seinen Auswirkungen auf Grundwasser, Klima und Biodiversität eine wesentliche Grundlage unseres Lebens. Er ist in der Fläche begrenzt und nicht beliebig ersetzbar. Wir setzen uns dementsprechend für seinen Schutz ein. Eine sparsame Inanspruchnahme des Bodens sichern wir, indem wir die Wiedernutzbarmachung von Brachflächen (ehem. Siedlungs- Industrie- und Militärfächen) anstreben und deren Nutzung Vorrang vor der Inanspruchnahme wertvoller Böden einräumen. Wir werden daher ein Landesbodenschutzprogramm mit Schwerpunkten im Bereich Bodenvorsorge (Bodenschutz beim Bauen; gute fachliche Praxis der Landwirtschaft) und Reduzierung des Flächenverbrauchs aufstellen.</p>	
	<p>Dieser Punkt fehlt aus Sicht des BUND SH zu wichtigen Teilen. Ein ressortübergreifendes Bodenschutzprogramm, das auch die Reduzierung des Flächenverbrauchs zum Ziel hat, ist, laut Informationen aus dem Landtag, in Arbeit, liegt aber zurzeit nicht vor. Eine Verpflichtung zu flächenschonendem Bauen fehlt, es wird im Gegenteil durch die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans zukünftig noch mehr Fläche versiegelt und verbraucht.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>In Kooperation mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren wollen wir eine landesweite Klärschlammstrategie erarbeiten, in der innovative, ökologische und wirtschaftliche Verwertungs- und Entsorgungsmöglichkeiten von Klärschlamm mit dem Ziel vorangetrieben werden sollen, geschlossene und schadstofffreie Stoffkreisläufe zu erreichen. [...]</p>	
	<p>Dieser Punkt ist in Arbeit, eine Beiratssitzung fand statt. Allerdings zurzeit noch keine sichtbaren Erfolge.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir wollen neue Wege suchen, Planungsprozesse effizienter zu gestalten. Neben der beschlossenen Beschleunigung durch Bundesgesetzgebung, einschließlich der Reduzierung von Klageinstanzen, setzen wir dabei vor allem auf einfachere Abstimmungen zwischen den beteiligten Behörden. Unser Ziel ist eine Beschleunigung der Infrastrukturplanungen. Dafür werden wir alle Möglichkeiten der Landespolitik konsequent nutzen. Außerdem werden wir vor der Durchführung von Planungsverfahren eine Mediation mit Betroffenen und Verbänden durchführen, z.B. in Form von Zukunfts- und Planungswerkstätten. Die Ergebnisse werden wir als Leitlinie für die dann folgenden Planungsarbeiten verwenden. [...]</p>	
	<p>Das Planungsbeschleunigungsgesetz sowie die Reduzierung der Klageinstanzen wird vom BUND SH abgelehnt. Ein Verfahren zur Vereinfachung der behördlichen Abstimmungen ist für den BUND nicht zu erkennen, mangelnde Einbindung und immer weiter reduzierte Zeiträume zur Stellungnahme bei Eingriffen in die Natur hingegen schon. Insgesamt nimmt der BUND eine Tendenz wahr, die Träger öffentlicher Belange, wie z.B. den Naturschutz, weiter einzuschränken, um Planungen mit starken Eingriffen in die Natur möglichst ungestört durchführen zu können. Es sind allerdings auch Bemühungen der Landesregierung zu erkennen, die Öffentlichkeit in einige bestimmte Planungsverfahren nun frühzeitiger mit einzubeziehen (Zukunftsdialog Landwirtschaft, DEGES-Planfeststellungsverfahren A20 westlich A7) Insgesamt wünscht sich der BUND eine klare Positionierung der Koalition, die den hohen Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes im Land Schleswig-Holstein unterstreicht.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir werden eine unterirdische Raumordnung vorlegen, die unter anderem die Potenziale für Speicher und Geothermie erfasst und mit der Energieinfrastruktur verschneidet.</p>	
	<p>Im Jahr 2018 ist vom Umweltbundesamt das Thema untersucht worden. Einen vom Land SH beschlossenen Raumordnungsplan gibt es jedoch, nach Kenntnis des BUND SH, nicht. Geothermie ist als Energieform mit Vorbehalt zu betrachten und ergibt wegen vieler Vorbedingungen in den meisten Fällen keinen Sinn oder ist sehr teuer. Sie stellt daher keinen wesentlichen oder unverzichtbaren Bestandteil eines künftigen Energiesystems dar.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Umweltschädliche Altlasten sollen konsequent und risikoorientiert saniert werden. Dazu werden wir ein Bodenkataster entwickeln, weil es für langfristige Ziele der Energiespeicherung, der Geothermie, der Gefahrstoff-Endlagerung und der Trinkwasserversorgung unabdingbar ist. [...]</p>	
	<p>Die Erstellung eines Bodenkatasters ist dem BUND SH nicht bekannt.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes wird [...] durch die nunmehr seit Jahrzehnten viel zu geringen Investitionen in den Erhalt und den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur gefährdet. [...] Dies werden wir mit Entschlossenheit ändern. Das Vorhalten einer exzellenten und klimaschonenden Verkehrsinfrastruktur ist eine staatliche Kernaufgabe, die wir zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit erklären. [...] Den ÖPNV im Land wollen wir mit den zusätzlichen Mitteln des Bundes finanziell besser unterstützen und dabei vor allem Vernetzung und Qualität verbessern. Das Sondervermögen MOIN.SH werden wir entsprechend weiterentwickeln und einmalig um 40 Millionen Euro Landesmittel aufstocken.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Ein „Ausbau der Verkehrsinfrastruktur“ bedeutet in Realität oftmals den Ausbau der Straßeninfrastruktur, so auch hier. Investitionen in zukunftsfähige klimaschonenden Verkehrsinfrastruktur sind für den BUND kaum erkennbar. Die zum Schutz des Klimas dringend erforderliche Mobilitätswende kann aber nur mit konsequentem Ausbau des öffentlichen Personennah- und -fernverkehrs gelingen. Immerhin: Der Erhalt der Landesstraßen führt auch zu Radwegsanierungen. Zahlungen für den Öffentlichen Verkehr an die Kommunen sind erfolgt, jedoch nicht in ausreichender Höhe. Das Sondervermögen MOIN.SH zur Förderung von Mobilität und Innovation des Schienenpersonennahverkehrs wurde aufgestockt.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir streben einen transparenten Nordtarif mit fairen Tarifzonen und durchgängigem Fahrkartensystem für Hamburg, Schleswig-Holstein und den Norden Niedersachsens an. Als Zwischenlösung werden wir den HVV-Beitritt des Kreises Steinburg unterstützen.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Der Nordtarif ist in Arbeit, die Umsetzung und Einigung scheint aber schwierig. Ein HVV-Beitritt des Kreises Steinburg ist auf dem Weg und wird bis 2020/22 erfolgen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Wir streben ein landesweit gültiges Semesterticket an, das nach Möglichkeit gemeinsam mit Hamburg geschaffen werden sollte. [...]</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Das landesweite Semesterticket ist ab Wintersemester 2019/20 in Kraft getreten. Der BUND begrüßt die Einführung eines landesweiten Semestertickets. Es ermöglicht die vermehrte Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs anstatt weiteren Individualverkehr zu schaffen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Um Hamburg und Schleswig-Holstein noch besser miteinander zu verbinden und mehr Menschen von der Straße auf die Schiene zu bewegen, treiben wir den Ausbau der AKN-Linie A1 zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt zur S21 (mit Prüfung einer späteren Verlängerung) und den Ausbau der S4 (Ost) voran.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Der Ausbau ist in Arbeit. Nun ist entscheidend, mit welcher Energie die Entwicklung weiter voran getrieben wird.</p>	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Stillgelegte und noch gewidmete Bahnstrecken (wie z.B. die Strecke Niebüll-Flensburg) werden wir im Rahmen eines Gesamtkonzeptes entsprechenden Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen unterziehen und ggf. für einen modernen ÖPNV reaktivieren lassen, um den ländlichen Raum besser zu erschließen und so dem Trend der „Landflucht“ verkehrspolitisch entgegenzuwirken. Die ländliche Prägung unseres Bundeslandes und der demographischen Wandel bedeuten besondere Herausforderungen für das Vorhalten eines attraktiven ÖPNV und erfordern neue Konzepte. Deshalb setzen wir auf ein landesweites Netz „starker Linien“, auf denen Züge und Busse schneller und regelmäßiger verbinden.</p>	
	<p>Reaktivierungen von Bahnstrecken sind bei ausgewählten Strecken erfolgt, stehen bei vielen Strecken aber noch aus. Im Zuge der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarn-Belt-Querung ist zudem eine Stilllegung erfolgt (Wegfall Bahnhof Timmendorfer Strand). Dies widerspricht der Idee, den ländlichen Raum besser anzubinden.</p> <p>Eine neue Schnellbuslinie besteht zwischen Kiel und Lütjenburg (fährt allerdings nicht alle Gemeinden an), die Taktzeit der Bahnstrecke Hamburg-Kiel wurde auf eine halbe Stunde verbessert. Dies sind gute erste Ansätze, ein „Netz aus starken Linien“ ist aus Sicht des BUND zurzeit aber noch nicht zu erkennen. Hier besteht in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode noch Potential.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Linienbusse, Taxen, Anrufsammeltaxen und Bürgerbusse, aber auch PKW und Fahrräder binden die Orte abseits des „starken Liniennetzes“ an. An zentralen Stationen unterstützen wir verstärkt die Schaffung von sicheren Abstellmöglichkeiten und erleichtern die Mitnahme von Fahrrädern, Rollatoren und Scootern in den Zügen und Bussen.</p>	
	<p>Die Einrichtung von klimaschonenden Maßnahmen zur Anbindung abseits des „starken Liniennetzes“ ist oft kommunal geregelt und hängt in der Umsetzung somit vom jeweiligen Ort ab. Weitere Anreize für deren Ausbau würde der BUND aber begrüßen.</p> <p>Der Bau von Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen war erfolgreich. Dieser erste Schritt muss fortgesetzt sowie auf Bushaltestellen erweitert werden.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>[...] Wir wollen den schienengebundenen Nah- und Fernverkehr in Schleswig-Holstein für die Kunden attraktiver gestalten. [...] Wir werden uns auf Bundesebene vor allem für einen Ausbau der Hauptachsen und insbesondere für den durchgängig zweigleisigen und elektrifizierten Ausbau der Marschbahn an der Westküste sowie das dritte Bahngleis zwischen Pinneberg und Elmshorn einsetzen. Wir werden uns für mehr ICE-Anbindungen der schleswig-holsteinischen Städte sowie eine bessere Bahnanbindung der schleswig-holsteinischen Häfen und Industriegebiete (z.B. in Brunsbüttel) einsetzen. Wir unterstützen die Wirtschaft bei Projekten, die Lkw-Verkehr auf die Schiene verlagern sollen.</p>	
	<p>Für den Ausbau und die Elektrifizierung der Marschbahn setzt sich die Landesregierung ein, zurzeit ist sie weiterhin eingleisig. Einsatz erfolgt ebenso für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Niebüll- Westerland. Erfolge bei dem dritten Bahngleis Pinneberg-Elmshorn stehen noch aus. In Bezug auf bessere Bahnanbindungen: Die geplante Fehmarn-Belt-Querung hat insofern schon zum Abbau von Verbindungen gesorgt, dass es keinen Eisenbahn-Fährverkehr mehr zwischen Fehmarn und Dänemark gibt. Die Intercity-Verbindung zwischen Hamburg und Kopenhagen hält nicht mehr in Schleswig-Holstein. Der Bund hat die Elektrifizierung der Bahnstrecke Brunsbüttel-Itzehoe im November 2018 in den „vordringlichen Bedarf“ gestuft. In Brunsbüttel wird allerdings auch das Erdgas-Terminal gebaut.</p>	

AUSSAGE

INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG



Jamaika-Koalition

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Schleswig-Holstein aus Bundes- und EU-Mitteln finanzierte **Modellregionen für Elektromobilität und autonomes Fahren** entstehen und ein **Elektromobilitätskonzept** für Schleswig-Holstein gemeinsam mit Automobilherstellern, Energieversorgern und interessierten Verbänden entwickeln. Darin muss insbesondere die Frage nach dem Ausbau der öffentlich zugänglichen **Ladenetzinfrastruktur** zufriedenstellend gelöst werden. Auch **Konzepte einer Wasserstoffwirtschaft** werden wir in unseren Mobilitätskonzepten berücksichtigen. Insgesamt werden zehn Millionen Euro Landesmittel über die Legislaturperiode zusätzlich für Investitionen im Bereich der Elektromobilität / Neue Mobilitätsformen eingesetzt.



BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Elektromobilität bedeutet leider fast immer Auto-Elektromobilität. So spricht die Koalition im Vertrag bereits von einem Elektromobilitätskonzept, das gemeinsam mit Automobilhersteller*innen entwickelt werden soll. Hier besteht also von vornherein ein Interessenskonflikt zwischen einer großen Lobby und zukunftsfähigen Mobilitätszielen. Der alleinige Austausch des Antriebs ist keine zukunftsfähige Lösung, im Gegensatz zu einer wegweisenden Verkehrswende. Im Jahr 2018 hat der Landtag die „Fortschreibung der Landesstrategie E-Mobilität“ beschlossen. Die Landesregierung gibt weiterhin an, für Elektromobilität 22 Millionen Euro reserviert zu haben, um den Bau von Ladestationen zu fördern und die Umstellung auf den E-Busbetrieb zu unterstützen. Projekte zu Autonomem Fahren existieren, so fahren z.B. in Keitum/Sylt autonome Busse. Wasserstoff ist für den motorisierten Individualverkehr energetisch nicht sinnvoll. Hier sollte in anderen Konzepten gedacht werden.



Jamaika-Koalition

Wir werden Schleswig-Holstein fahrradfreundlicher gestalten. Dazu werden wir eine Landesstrategie zur Förderung des Radfahrens zügig entwickeln und dabei auch die Erfahrung von RAD.SH berücksichtigen. Zudem werden wir den Ausbau geeigneter Radschnellverbindungen in der Metropolregion und anderen Verdichtungsräumen des Landes voranbringen. Aus Landesmitteln werden wir für den Radwegeausbau in dieser Legislaturperiode zusätzlich zehn Millionen Euro zur Verfügung stellen. Zudem werden wir den ÖPNV und den Radverkehr im Land stärken. [...] Von der jeweils verfügbaren Gesamtsumme ab 2018 gehen 65 Prozent in die Sanierung von kommunalen Straßen und 35 Prozent in Investitionen im ÖPNV und Anlagen für den Radverkehr.



BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Die Durchführung des BYPAD-Verfahrens für die Erstellung einer Radstrategie hat - mit Beteiligung der RAD.SH und der anderen Umwelt- und Verkehrsverbände - stattgefunden und wurde vom BUND Schleswig-Holstein begrüßt. Die Landesstrategie für den Radverkehr muss nun endlich tatsächlich erstellt und umgesetzt werden. Zügig war die Umsetzung also nicht. Der BUND begrüßt die zu Mai 2019 wirksam gewordene Umstrukturierung des Verkehrsministeriums mit der Wiedererrichtung des Referates Grundsatzpolitik mit dem Radverkehr und die Schaffung einer neuen halben Personalstelle für den Radverkehr. Der BUND begrüßt auch, dass der 10 Millionen Euro große Fahrradetat einvernehmlich nicht nur für den Radwegbau, wie es im Koalitionsvertrag beschlossen wurde, sondern für den Radverkehr insgesamt verwendet werden kann. Dadurch können z.B. auch Kampagnen oder neue Strategien finanziert werden. 35 Prozent Investitionen im ÖPNV und in Anlagen für den Radverkehr ist grundsätzlich zu wenig.

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 Jamaika-Koalition	Ein wichtiger Innovationspunkt für unser Land zwischen den Meeren sind auch innovative Antriebsformen auf Basis Erneuerbarer Energien für Schiffe . Das Land verfolgt eine Strategie der vollständigen Emissionsfreiheit des Verkehrs auf der Schiene . Das Land schreibt für das sogenannte "Dieselnetz" technologieoffen eigenelektrische Antriebstechnik ohne Einsatz von Verbrennungstechnik aus. [...]	
 BUND <small>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</small>	Erneuerbare Energien sind als Schiffsantrieb in Masse nicht zu erkennen. Schiffe sollen sogar auf einen Betrieb mit Erdgas, also einen fossilen Brennstoff umgestellt werden. Dies lehnt der BUND SH ab. Die Emissionsfreiheit auf der Schiene ist noch ausbaufähig. Hier sind erste Ansätze, z.B. die Anschaffung von Akku-Triebwagen, zu erkennen.	
 Jamaika-Koalition	Fonds für Barrierefreiheit über 10 Millionen Euro soll eingerichtet werden.	
 BUND <small>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</small>	Bis 2022 muss die vollständige Barrierefreiheit laut Personenbeförderungsgesetz im ÖPNV erreicht werden. Der BUND SH sieht nicht, dass dies mit den bisherigen zur Verfügung gestellten Mitteln erreicht werden kann, kleine Ansätze genügen da nicht. Barrierefreiheit ist ein essentieller Bestandteil der Mobilitätswende. Dieser Punkt muss aus Sicht des BUND SH nachgebessert werden.	
 Jamaika-Koalition	Das Sondervermögen MOIN.SH werden wir entsprechend weiterentwickeln und einmalig um 40 Millionen Euro Landesmittel aufstocken.	
 BUND <small>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</small>	Das Sondervermögen MOIN.SH ist deutlich aufgestockt worden. Es sollte nun nicht nur für Infrastruktur verwendet, sondern auch als Finanzierungsmöglichkeit für fehlende Fahrzeuge genutzt werden, um ein Sofortprogramm aufzulegen und eine Verlagerung des Verkehrs zu bewirken.	
 Jamaika-Koalition	Den erheblichen Sanierungsstau im Landesstraßennetz wollen wir innerhalb von zehn Jahren abbauen.	
 BUND <small>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</small>	Dieser Punkt wird umgesetzt. Anders als es im Koa-Vettrag beschlossen wurde, werden auch die Radwege an den Landesstraßen mit saniert, was der BUND SH begrüßt. Allerdings muss nun auch ein Rückbau von Straßen geprüft werden. Grundsätzlich kommen wir um eine deutliche Reduzierung des Verkehrs und des Fahrzeugbestandes nicht vorbei, um das Klima zu schützen. Jede Investition in die Straße ist eine Investition in Verkehrskonzepte von vorgestern.	
 Jamaika-Koalition	Unser Ziel ist es, die Verkehrssicherheit zu verbessern. Um weitere Fortschritte im Bereich der Verkehrssicherheit zu erhöhen, werden wir vor allem eine verstärkte Präventionsarbeit unterstützen. [...]	
 BUND <small>FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</small>	Unsere Vorstellung für die höchste Priorität von Verkehrssicherheit wäre ein Bekenntnis zur „Vision Zero“ und das Erlassen von Tempolimits, wo auch immer dies möglich ist. Präventionsarbeit gibt allzu häufig den Unfallopfern die Schuld.	

AUSSAGE	INHALT UND BUND-EINSCHÄTZUNG	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Für uns ist Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) sehr wichtig für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins und den Erhalt von Wohlstand und unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb werden wir für Schleswig-Holstein eine Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogrammes entwickeln. Wir werden eine Landesstrategie für BNE entwickeln, und zwar im Rahmen eines ausführlichen Beteiligungsprozesses unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Beteiligten der Zivilgesellschaft sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kreise und Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft, Schulen und Kindergärten und außerschulischer Bildungseinrichtungen.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Im Herbst 2019 fand ein Stakeholder-Workshop in Rendsburg zum Thema BNE-Landesstrategie statt, an dem verschiedene betroffene Gruppen, darunter auch der BUND, teilnahmen. Die interministerielle AG bekannte sich zu einer Landesstrategie, die im Jahr 2020 fertiggestellt werden soll. Ein zweiter Workshop sowie erste Bausteine wurden außerdem angekündigt. Wie die Zivilgesellschaft und andere Interessensgruppen weiterhin in den Beteiligungsprozess eingebunden werden sollen, ist noch nicht klar ersichtlich. Auf den Internetseiten des Landes ist von weiteren Schritten sowie von einem Entwurf die Sprache, der unter Einbindung von Interessensgruppen finalisiert werden soll. Eine Beteiligung des BUND ist bislang noch nicht erfolgt, wird aber gern wahrgenommen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch das Land werden wir auf die Einhaltung von sozialen Standards und Nachhaltigkeitskriterien achten, ohne dabei die schleswig-holsteinischen Unternehmen und Verwaltungen mit Bürokratie zu überlasten. Die Beschaffungsrichtlinie des Landes werden wir entsprechend weiter entwickeln.</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist Anfang 2019 ein Vergabegesetz verabschiedet worden, dass die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards in Produktionsstätten der Freiwilligkeit überlässt. Allgemeine und für alle verbindliche Vorgaben über das Verbot von Kinderarbeit, Arbeitsrechte oder Umweltstandards sieht das Gesetz nicht vor. Der BUND fordert die Einführung verpflichtender Umwelt- und Sozialstandards entlang der Produktions- und Lieferkette, um Mensch und Natur gleichermaßen zu schützen.</p>	
 <p>Jamaika-Koalition</p>	<p>Die Mittel für das Freiwillige ökologische Jahr (FÖJ) werden wir auch weiterhin bereitstellen. Auch die Sonderprojekte im Rahmen der Inklusion und für Geflüchtete wollen wir beibehalten. [...]</p>	
 <p>BUND FRIENDS OF THE EARTH GERMANY</p>	<p>Das FÖJ hat Gelder erhöht bekommen, ein mehrjähriger Vertrag wurde beschlossen. Hier hat die Umsetzung des geplanten Punktes im Koalitionsvertrag gut funktioniert.</p>	

FAZIT

Der BUND Schleswig-Holstein erkennt im Handeln der Landesregierung in einigen Punkten die Bemühungen, Verbesserungen für den Natur- und Umweltschutz herbeizuführen und begrüßt die Maßnahmen. In diversen anderen Punkten ist aber ein weit konsequenterer Einsatz vonnöten, um wichtige Veränderungen zum Schutz von Natur, Umwelt, Wasser, Klima und Arten herbeizuführen. Die Herausforderung, mit drei sehr unterschiedlichen Fraktionen in einer Koalition starke Entscheidungen für den Umwelt- und Naturschutz zu treffen, werden in diesen Punkten deutlich. Das umweltpolitische Handeln des Regierungsdreiers ist, zumindest

bis zum jetzigen Zeitpunkt, vornehmlich als zaghaft einzustufen.

In diesen wichtigen Aspekten vermisst der BUND Schleswig-Holstein regierungspolitische Schlagkraft.

Die zweite Hälfte der Legislaturperiode läuft bereits. Diverse Vorhaben werden einiges an Zeit benötigen, um beschlossen oder umgesetzt werden zu können. Der BUND Schleswig-Holstein fordert jetzt die zügige Umsetzung oder Einleitung der verbleibenden Vorhaben und Versprechen im Koalitionsvertrag und den wegweisenden Einsatz der Regierungskoalition für ein zukunftsfähiges, lebenswertes Schleswig-Holstein.

ERGEBNIS DER BUND-EINSCHÄTZUNG

Der BUND Schleswig-Holstein hat 76 Punkte aus dem Koalitionsvertrag untersucht und auf ihre Umsetzung sowie ihre Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Klima bewertet. Der farbliche Schwerpunkt der Umsetzungserfolge oder ihrer Auswirkungen liegt zurzeit noch im orangenen oder sogar roten Bereich. Die verbleibende Regierungszeit sollte nun unbedingt seitens der Koalition genutzt werden, um Erfolge in diesen wichtigen Punkten zu erzielen.

 Grün = Dieser Punkt hat gute Auswirkungen auf Natur und Umwelt. Er wurde umgesetzt.	12 Mal
 Gelb = Dieser Punkt wurde nur teilweise umgesetzt	18 Mal
 Orange = Dieser Punkt wurde kaum umgesetzt.	25 Mal
 Rot = Dieser Punkt hat schlechte Auswirkungen auf Natur und Umwelt oder er wurde nicht umgesetzt.	21 Mal